



Rechnungshof
Österreich



Unabhängig und objektiv für Sie.

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2017

III-160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVI. GP



Kurzfassung

IMPRESSUM

Herausgeber: Rechnungshof
1031 Wien,
Dampfschiffstraße 2
<http://www.rechnungshof.gv.at>

Redaktion und Grafik: Rechnungshof
Herausgegeben: Wien, im Juni 2018

AUSKÜNFTE

Rechnungshof
Telefon (+43 1) 711 71 - 8965
Fax (+43 1) 712 49 17
E-Mail presse@rechnungshof.gv.at

[facebook/RechnungshofAT](https://www.facebook.com/RechnungshofAT)
Twitter: @RHSprecher

Kurzfassung

Konsolidierte Abschlussrechnungen

Das **Nettoergebnis** der Ergebnisrechnung betrug im Jahr 2017 -1.646,26 Mio. EUR und war damit um 7.823,58 Mio. EUR besser als 2016. In Summe standen den Erträgen i.H.v. 77.299,47 Mio. EUR Aufwendungen i.H.v. 78.945,73 Mio. EUR gegenüber.

Für das gegenüber dem Vorjahr wesentlich günstigere Nettoergebnis war unter anderem ein Anstieg der Steuereinnahmen um 3.335,36 Mio. EUR verantwortlich. Dies betraf vor allem die Umsatzsteuer (+1.024,35 Mio. EUR), die Lohnsteuer (+1.060,00 Mio. EUR), die Kapitalertragssteuer (+384,06 Mio. EUR), die Körperschaftsteuer (+322,45 Mio. EUR) und die Mineralölsteuer (+294,29 Mio. EUR).

Im Vergleich zum Vorjahr wirkten aber auch Einmalmaßnahmen ergebnisverbessernd:

- Die Verbuchung des Zuwachses der Verbindlichkeit des Bundes gegenüber der Österreichischen Bundesbahnen Infrastruktur AG unterblieb 2017, weil ein neuer Zuschussvertrag verspätet abgeschlossen wurde. Im Jahr 2016 hatte dieser Betrag noch 1.927,60 Mio. EUR betragen und das Nettoergebnis 2016 entsprechend verschlechtert.
- Zudem konnte 2017 eine im Jahr 2016 i.H.v. 2.279,09 Mio. EUR gebildete Rückstellung mit einem Teilbetrag von 996,71 Mio. EUR ergebnisverbessernd aufgelöst werden. Die Rückstellungsbildung 2016 war im Gefolge der Einigung mit den Gläubigern der ehemaligen Hypo Alpe Adria erfolgt, weil der Bund die erforderlichen Geldmittel zur Finanzierung des Rückkaufs landesbehäfteter Schuldtitel der HETA Asset Resolution AG bereitstellte.

Das negative Nettoergebnis 2017 in Höhe von -1.646,26 Mio. EUR erhöhte das mit Ende 2016 ohnehin bereits stark negative Nettovermögen des Bundes weiter. Das **Nettovermögen** lag Ende 2017 bei -162,486 Mrd. EUR und verschlechterte sich gegenüber dem Jahr 2016 (-161,698 Mrd. EUR) um 787,99 Mio. EUR. Das Vermögen des Bundes betrug Ende 2017 90.966 Mrd. EUR und war um 686,81 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr (91,653 Mrd. EUR). Der Rückgang war im Wesentlichen auf eine Reduktion der liquiden Mittel um 3.362,03 Mio. EUR zurückzuführen, dem entgegen wirkte eine langfristige Forderung aufgrund eines Darlehens an die ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes i.H.v. 2.412,00 Mio. EUR. Der Bund hatte dieses verzinste Darlehen für die Kapitalisierung der KA Finanz AG gewährt.

Dem Vermögen standen Fremdmittel i.H.v. 253,452 Mrd. EUR gegenüber (+101,18 Mio. im Vergleich zum Vorjahr). Die Erhöhung der Fremdmittel ergab sich im Wesentlichen durch zwei gegenläufige Entwicklungen,

- den Rückgang der kurzfristigen Fremdmittel um 4.842,07 Mio. EUR (Auflösung der Rückstellung für den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds i.H.v. 2.279,09 Mio. EUR, Rückgang der kurzfristigen Finanzschulden und Verbindlichkeiten) und
- den Anstieg der langfristigen Fremdmittel um 4.943,25 Mio. EUR (Anstieg aufgrund der Refinanzierungstätigkeit des Bundes).

Der **Nettofinanzierungssaldo** der Finanzierungsrechnung lag 2017 bei -6.872,62 Mio. EUR und war damit um 1.877,20 Mio. EUR schlechter als 2016 (-4.995,42 Mio. EUR).

Der Unterschied zwischen Nettoergebnis (-1.646,26 Mio. EUR) und Nettofinanzierungssaldo (-6.872,62 Mio. EUR) betrug 5.226,36 Mio. EUR. Dafür waren im Wesentlichen folgende Faktoren maßgebend:

- Die Gewährung von Darlehen i.H.v. 2.808,31 Mio. EUR war zwar zahlungswirksam, belastete aufgrund der entstehenden Forderung aber nicht das Nettoergebnis.
- Die Periodenabgrenzungen der Transaktionen des Bundes ergaben netto einen Zahlungsvorschuss i.H.v. 1.693,35 Mio. EUR.
- Die Netto-Dotierung von Rückstellungen i.H.v. 1.243,35 Mio. EUR war zwar ergebniswirksam, aber 2017 noch nicht zahlungswirksam.

Voranschlagsvergleichsrechnung, Budgetvollzug

Sowohl das Nettoergebnis als auch der Nettofinanzierungssaldo wichen stark von den veranschlagten Werten ab.

Der Ergebnishaushalt 2017 wies Erträge i.H.v. 76.404,27 Mio. EUR auf; diese lagen um 3.223,68 Mio. EUR über dem Voranschlag (73.180,59 Mio. EUR). Die Aufwendungen waren hingegen mit 78.050,53 Mio. EUR um 4.093,92 Mio. EUR niedriger als veranschlagt (82.144,45 Mio. EUR).

Mit -1.646,26 Mio. EUR wich das **Nettoergebnis** der Ergebnisrechnung 2017 um 7.317,60 Mio. EUR vom Voranschlag (-8.963,86 Mio. EUR) ab. Diese Abweichung ergab sich vor allem aus höheren Erträgen bei den Öffentlichen Abgaben (+1.400,78 Mio. EUR), Erträgen aus Rücklagenauflösungen im Bereich Finanzmarktstabilität (+1.224,80 Mio. EUR) und geringeren Transferaufwendungen (-3.313,17 Mio. EUR).

Die Unterschreitung der Transferaufwendungen betraf unter anderen den Bereich der Zuschussverträge mit der Österreichischen Bundesbahnen Infrastruktur AG (-2.992,89 Mio. EUR) und den Bereich Pensionsversicherung (-1,851,79 Mio. EUR). Kompensiert wurde dies teilweise durch Mehraufwendungen im Bereich Finanzmarktstabilität (+870,09 Mio. EUR) und im Bereich Familien und Jugend (+222,24 Mio. EUR).

In der Finanzierungsrechnung lagen die Einzahlungen mit 73.805,23 Mio. EUR um 646,49 Mio. EUR über dem Voranschlag (73.158,74 Mio. EUR). Die Auszahlungen waren mit 80.677,85 Mio. EUR um 3.220,67 Mio. EUR höher als veranschlagt (77.457,19 Mio. EUR). Dementsprechend fiel der **Nettofinanzierungssaldo** mit -6.872,62 Mio. EUR um 2.574,18 Mio. EUR höher als veranschlagt aus (-4.298,44 Mio. EUR).

Mehreinzahlungen ergaben sich im Bereich der öffentlichen Abgaben (+686,10 Mio. EUR), diese wurden teilweise durch Mindereinzahlungen i.H.v. -181,78 Mio. EUR aus Rückzahlungen von Darlehen kompensiert.

Mehrauszahlungen fielen in den Bereichen Finanzmarktstabilität (+4.168,92 Mio. EUR), Finanzierungen (+596,85 Mio. EUR) und Finanzausgleich (+414,33 Mio. EUR) an. Dieser Effekt wurde jedoch teilweise durch Minderauszahlungen in den Bereichen Pensionsversicherung (-1.655,85 Mio. EUR) und Arbeit (-291,54 Mio. EUR) kompensiert.

Mittelverwendungsüberschreitungen, Haushaltsrücklagen

Im Jahr 2017 wurden im Finanzierungshaushalt **Mittelverwendungsüberschreitungen** von insgesamt 6,814 Mrd. EUR genehmigt, deren Bedeckung durch Kreditoperationen (5,989 Mrd. EUR), durch Mehreinzahlungen (0,516 Mrd. EUR) und durch Minderauszahlungen (0,309 Mrd. EUR) erfolgte. Davon wurden 4,183 Mrd. EUR für den Bereich Finanzmarktstabilität für ein Darlehen an die KA Finanz AG (2.412,00 Mio. EUR) sowie Gesellschafterzuschüsse an die KA Finanz AG (988,00 Mio. EUR) und die ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (782,00 Mio. EUR) verwendet.

Der Stand der **Haushaltsrücklagen** zum 31. Dezember 2017 belief sich auf 15,516 Mrd. EUR und war damit um 5,035 Mrd. EUR niedriger als im Jahr 2016. Der Rückgang war insbesondere auf Rücklagenentnahmen zur Bedeckung der genannten Maßnahmen im Bereich Finanzmarktstabilität zurückzuführen.

Der RH weist vor dem Hintergrund des Rücklagenstandes i.H.v. 15,516 Mrd. EUR darauf hin, dass Rücklagen erst zum Zeitpunkt ihrer Entnahme finanziert werden und dann auch defizitwirksam sind.

Finanzierung des Bundeshaushalts und Bundeshaftungen

Der Stand der bereinigten Finanzschulden des Bundes belief sich im Jahr 2017 auf 211,241 Mrd. EUR und war damit um 3,489 Mrd. EUR (+1,7 %) höher als im Jahr 2016. Hauptfinanzierungsquelle waren auch im Jahr 2017 Bundesanleihen in heimischer Währung. Die durchschnittliche Nominalverzinsung betrug im Jahr 2017 für die Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge 2,8 % (2016: 3,1 %) und lag um 0,3 Prozentpunkte (2016: 0,4 Prozentpunkte) über der durchschnittlichen Rendite von 2,5 % (2016: 2,7 %).

Die Gesamthaftungsobergrenze i.H.v. 197,000 Mrd. EUR war zum 31. Dezember 2017 mit 97,063 Mrd. EUR (49,3 %) ausgenutzt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung der Haushaltsdaten des Bundes im Jahr 2017 war durch das starke Wirtschaftswachstum positiv beeinflusst. Das reale BIP wuchs im Jahr 2017 mit +2,9 % (nominelles Wachstum: +4,5 %) fast doppelt so stark wie im Jahr 2016 mit einem Wachstum von +1,5 % (nominelles Wachstum: +3,1 %).

Die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung übertraf die Prognosewerte, welche bei der Budgeterstellung herangezogen wurden. Während die für das Budget maßgeblichen Prognosen in den vergangenen Jahren das tatsächliche Wachstum teilweise überschätzt hatten, lag der Prognosewert für 2017 deutlich unter dem tatsächlich erreichten Wert.

Gesamtstaatliche Haushaltsentwicklung

Der öffentliche Haushaltssaldo (Maastricht–Saldo) betrug im Jahr 2017 gemäß Notifikation der Statistik Austria -0,7 % des BIP (2016: -1,6 %). Der öffentliche Schuldenstand reduzierte sich insbesondere aufgrund des hohen nominellen Wachstums des BIP (+4,5 %) von 83,6 % des BIP im Jahr 2016 auf 78,4 % des BIP im Jahr 2017. Das strukturelle Defizit ging nach -0,9 % im Jahr 2016 auf -0,5 % im Jahr 2017 zurück. Die Abgabenquote betrug 2017 41,9 %.

Mittelfristige Entwicklungen im Bundeshaushalt

In den neuen Bundesfinanzrahmengesetzen 2018 bis 2021 und 2019 bis 2022 ist ein Anstieg der Auszahlungsobergrenze von 78,253 Mrd. EUR im Jahr 2018 auf 85,205 Mrd. EUR im Jahr 2022 vorgesehen (d.h. +6,970 Mrd. EUR bzw. +8,9 %). Dabei nehmen insbesondere die Auszahlungen in der Rubrik 2 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie mit 15,6 % überdurchschnittlich zu.

Aufgrund der Novelle zum BHG 2013 vom April 2017 (BGBl. 53/2017), welche ursprünglich nur für die Jahre 2017 und 2018 Geltung haben sollte, hat die Bundesregierung dem Nationalrat jährlich den Entwurf für ein Bundesfinanzrahmengesetz nicht mehr bis spätestens 30. April vorzulegen, sondern gemeinsam mit dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes im Herbst. Mit dem Budgetbegleitgesetz, welches der Nationalrat am 17. April 2018 beschloss, wurde nunmehr diese ursprünglich nur als zeitlich befristet konzipierte Regelung vor dem Vorliegen der Evaluierungsergebnisse zur Haushaltsrechtsreform dauerhaft ins BHG 2013 übernommen.

Die bisherige Trennung der strategischen Debatte zum Bundesfinanzrahmen von jener zum nächstjährigen Budget war aus Sicht des RH allerdings zweckmäßig.

Risiken in der mittelfristigen Haushaltsplanung

Das Doppelbudget 2018/2019 enthält für die kommenden beiden Jahre eine Reihe von Vorhaben, die zum Erreichen der Haushaltsziele mit geplanten Konsolidierungsmaßnahmen von 2,5 Mrd. EUR beitragen sollen. Dabei bestehen aus Sicht des RH unter anderem (siehe im Detail TZ 4.5) Risiken im Zusammenhang mit

- dem tatsächlichen Erreichen von Einsparungszielen durch die Streichung von Budgetspielräumen,
- der angestrebten Reduzierung von Personalkosten des Bundes,
- geplanten Einsparungen durch die Indexierung der Familienbeihilfe,
- der Finanzierung der Abschaffung des Pflegeregresses und
- der Erzielung der vorgesehenen einnahmeseitigen Sonder- und Einmaleffekte.

Im Budgetbericht der Bundesregierung werden Bereiche mit strukturellen Herausforderungen und Reformerfordernissen identifiziert (u.a. Pensionen, Pflege, Gesundheit, Förderungen). Nachhaltige, ausgeglichene Haushalte im Gesamtstaat erfordern eine Umsetzung von konkreten Maßnahmen in zentralen Reformbereichen.

Zahlen im Überblick Beträge in Mio. EUR

Vermögensrechnung	2015	2016	2017
Vermögen	88.179	91.653	90.966
davon Sachanlagen	39.193	39.163	39.140
davon Beteiligungen	24.953	26.386	27.001
davon Forderungen	18.746	17.329	19.403
davon Liquide Mittel	4.439	8.127	4.765
Fremdmittel	241.535	253.351	253.452
davon Verbindlichkeiten	36.214	37.102	36.494
davon Rückstellungen	6.207	8.497	5.718
davon Finanzschulden (netto)	199.113	207.752	211.241
<i>Effektivverzinsung der Finanzschulden, in %</i>	3,0	2,7	2,5
Nettovermögen	-153.356	-161.698	-162.486

Ergebnisrechnung	2015	2016	2017
Erträge	74.429	73.339	77.299
davon Erträge aus Abgaben netto	64.328	62.313	65.648
Aufwendungen	79.201	82.809	78.946
davon Betrieblicher Sachaufwand	7.143	10.392	7.047
davon Transferaufwand	55.438	56.148	55.747
davon Finanzaufwand	6.596	5.966	5.651
davon Personalaufwand	10.024	10.302	10.500
<i>Durchschnittlicher Personalstand des Bundes, in VBÄ¹</i>	131.668	132.649	134.381
Nettoergebnis	-4.771	-9.470	-1.646

¹⁾ 2016 nach BMG-Novelle (01. Juli – 31. Dezember 2016)

Voranschlagsvergleichsrechnung – Abweichungen Ergebnishaushalt	2015	2016	2017
Erträge (Voranschlagsabweichung)	+1.968	+1.116	+3.224
Aufwendungen (Voranschlagsabweichung)	-425	+1.248	-4.094

Finanzierungsrechnung	2015	2016	2017
Nettofinanzierungssaldo	-1.861	-4.995	-6.873

Volkswirtschaftliche Kennzahlen	2015	2016	2017
BIP-Wachstum, real in %	1,1	1,5	2,9
Arbeitslosenquote national, in % der unselbstständig Beschäftigten	9,1	9,1	8,5
öffentliches Defizit, in % des BIP	-1,0	-1,6	-0,7
öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	84,6	83,6	78,4
strukturelles Defizit, in % des BIP (März 2018)	-0,1	-0,9	-0,5
Ausgabenquote, in % des BIP	51,0	50,6	49,1
Abgabenquote (Indikator 2), in % des BIP	43,2	42,3	41,9

Quellen: RH, BMF, Statistik Austria, WIFO